

# Landtag

19. Wahlperiode

28. Sitzung vom 21. November 2013

## Sitzungsbericht

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Vorsitzende: Erster Präsident Prof Harry Kopietz, Zweiter Präsident Johann Herzog und Dritte Präsidentin Marianne Klicka.

Schriftführerin bzw Schriftführer: Abg Michael Dadak, Abg Martin Flicker, Abg Peter Florianschütz, Abg Ilse Graf, Abg Dietrich Kops, Abg Dipl-Ing Martin Margulies, Abg Ernst Nevrivy, Abg Christoph Peschek, Abg Mag Gerhard Spitzer und Abg Christian Unger.

Präsident Prof Harry Kopietz eröffnet die Sitzung.

1. Entschuldigt sind Abg Ingrid Schubert und zeitweilig Abg Mag Rüdiger Maresch, LhptmStin Mag Maria Vassilakou sowie Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely.

2. In der Fragestunde werden von Präsident Prof Harry Kopietz folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (FSP - 04093-2013/0001 - KVP/LM) Abg Mag Karin Holdhaus an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt:

"Das Füttern von Tauben im öffentlichen Raum stellt auf Grund des entstehenden Taubenkots ein öffentliches Ärgernis und zudem ein immer stärker werdendes Umwelt- und Gesundheitsproblem dar. Landesrechtlich ist das Füttern von Tauben jedoch nicht durch einen eigenen Tatbestand verboten (wiewohl in übermäßigen Mengen grundsätzlich nicht erlaubt). Werden Sie sich für eine entsprechende rechtliche Verankerung eines eigenen Tatbestandes zur Schärfung des öffentlichen Bewusstseins einsetzen?"

2. Anfrage (FSP - 04091-2013/0001 - KFP/LM) Abg Wolfgang Seidl an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales:

"In Wien gibt es derzeit ca 160 000 Menschen, die Mindestsicherung beziehen. Die Kosten dafür sind in den letzten zwei Jahren von 280 auf 420 Millionen EUR gestiegen. In Wien beziehen über 70 % die Mindestsicherung sieben bis zwölf Monate, während es in Niederösterreich nur 47 % oder etwa in Tirol 37 % sind. Welche Schritte haben Sie bisher unternommen, um auch die Dauer der Mindestsicherungsbezieher in Wien zu senken?"

3. Anfrage (FSP - 04089-2013/0001 - KSP/LM) Abg Eva-Maria Hatzl an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal:

"Gewaltschutz ist national und international ein wichtiges Thema. Auch das Europäische Parlament hat in einem Entschließungsantrag darauf verwiesen, dass die Mitgliedsstaaten sich diesem Thema vermehrt widmen. Österreich hat ein anerkanntes Gewaltschutzgesetz. In einer Fachtagung der Wiener Frauenhäuser wurde die Möglichkeit psychische Gewalt gesetzlich zu regeln diskutiert. Frau amtsführende Stadträtin, warum ist psychische Gewalt ein wichtiges Thema im Gewaltschutzbereich?"

4. Anfrage (FSP - 04092-2013/0001 - KVP/LM) Abg Dr Wolfgang Ulm an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnen-schutz und Personal:

"Im Dezember 2011 beschloss die Wiener Landesregierung eine Stärken-Schwächen-Analyse des Dienst- und Besoldungsrechtes mit dem Ziel einer Gesamtreform des Dienstrechts- und Besoldungssystems in Wien. Seither sind fast zwei Jahre vergangen. Zuletzt wurde in einer Anfragebeantwortung in der Fragestunde im Landtag im November 2012 mitgeteilt, dass man 'die Struktur, die Architektur und auch den Plan zur Besoldungsreform im Jahr 2013 komplett abwickeln' möchte. Wann werden die diesbezüglichen Inhalte der Reform konkret vorgestellt?"

5. Anfrage (FSP - 04090-2013/0001 - KFP/LM) Abg Anton Mahdalik an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt:

"Wann wird die UVP für die sogenannte Stadtstraße als Verbindung zwischen der Seestadt Aspern und der A 23 voraussichtlich starten?"

3. (AST - 04137-2013/0002 - KGR/AL) In der Aktuellen Stunde findet auf Antrag des Grünen Klubs im Rathaus eine Aussprache über das Thema "Steigende Armut in Europa als Herausforderung für Gesetzgebung und -vollziehung auf Länder-, Bundes- und EU-Ebene!" statt.

(Rednerinnen bzw Redner: Abg Dr Monika Vana, Abg Ingrid Korosec, Abg Wolfgang Seidl, Abg Dr Claudia Laschan, Abg Dr Wolfgang Aigner, Abg Ing Mag Bernhard Dworak, Abg Birgit Hebein, Abg Ing Bernhard Rösch und Abg Anica Matzka-Dojder.)

4. Gemäß § 30 b der Geschäftsordnung des Landtages für Wien wurden folgende Gesetzesvorlagen eingebracht:

(LG - 03736-2013/0001/LAT) Abg Dipl-Ing Rudi Schicker, Abg Mag Thomas Reindl, Abg David Ellensohn, Abg Dipl-Ing Martin Margulies, Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger und Abg Dr Wolfgang Ulm haben am 25. Oktober 2013 eine Gesetzesvorlage betreffend Änderung der Wiener Stadtverfassung - WStV (Dezentralisierungsnovelle) eingebracht, welche dem Ausschuss für Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal zugewiesen wurde.

(LG - 03737-2013/0001/LAT) Abg Dipl-Ing Rudi Schicker, Abg Mag Thomas Reindl, Abg David Ellensohn und Abg Birgit Hebein haben am 25. Oktober 2013 eine Gesetzesvorlage betreffend Änderung der Wiener Stadtverfassung - WStV (Stadtrechnungshofnovelle) eingebracht, welche dem Ausschuss für Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal zugewiesen wurde.

5. Präsident Johann Herzog nimmt eine Umstellung der Tagesordnung insofern vor, als die Postnummern wie folgt gereiht werden:

Postnummern: 1, 12, 2, 3, 4, 5, 9, 6, 7, 8, 10 und 11.

Auf Vorschlag von Präsident Johann Herzog beschließt der Landtag einstimmig, die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen durch Handerheben durchzuführen:

6. (03785-2013/0001-MDLTG; P 1) Bundesrat Dr Herbert Madejski hat mit 29. Oktober 2013 sein an 10. Stelle gereihtes Mandat im Bundesrat zurückgelegt. Auf dieses Mandat rückte das an gleicher Stelle gereichte Ersatzmitglied, Hans-Jörg Jenewein, nach. Auf Vorschlag des Klubs der

Wiener Freiheitlichen wird als neues Ersatzmitglied für die 10. Stelle Dr Herbert Madejski gewählt.

(04014-2013/0001-MDLTG, P 12) Nurten Yilmaz ist als Ersatzmitglied aus dem Landessportrat ausgeschieden. Auf Vorschlag der Sozialdemokratischen Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates wird Abg Petr Baxant, BA als Ersatzmitglied in den Landessportrat gewählt.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Sandra Frauenberger

**7.** (LG - 01553-2013/0001, P 2) Die in der Beilage Nr 26 enthaltene Vorlage des Gesetzes betreffend die Änderung des Gesetzes über Stiftungen und Fonds (Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetz) wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Sandra Frauenberger

**8.** (LG - 01918-2013/0001, P 3) Die in der Beilage Nr 25 enthaltene Vorlage des Gesetzes, mit dem die Wiener Stadtverfassung, die Bauordnung für Wien, das Wiener Jagdgesetz und das Gesetz über das Wiener Abgabenorganisationsrecht geändert werden, wird in erster und zweiter Lesung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Abgeordneten zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Sandra Frauenberger

**9.** (LG - 03736-2013/0001/LAT, P 4) Die in der Beilage Nr 29 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Wiener Stadtverfassung - WStV [Dezentralisierungsnovelle] geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

(PGL - 04245-2013/0001 - KFP/LAT) Der Abänderungsantrag von Abg Mag Dr Alfred Wansch, Abg Mag Wolfgang Jung, Abg Armin Blind, Abg Gerhard Haslinger und Abg Angela Schütz betreffend Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Wiener Stadtverfassung - WStV (Dezentralisierungsnovelle) wird abgelehnt.

(PGL - 04246-2013/0001 - KFP/LAT) Der Zusatzantrag von Abg Mag Dr Alfred Wansch, Abg Mag Wolfgang Jung, Abg Armin Blind, Abg Gerhard Haslinger und Abg Angela Schütz betreffend Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Wiener Stadtverfassung - WStV (Dezentralisierungsnovelle) wird abgelehnt.

(Rednerin bzw Redner: Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger, Abg Mag Dr Alfred Wansch und Abg Eva-Maria Hatzl.)

Berichterstatterin: Amtsf StRin Sandra Frauenberger

**10.** (LG - 03737-2013/0001/LAT, P 5) Die in der Beilage Nr 30 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Wiener Stadtverfassung, das Wiener Gleichbehandlungsgesetz, das Wiener Museumsgesetz, das Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetz, das Wiener Statistikgesetz, das Wiener Tourismusförderungsgesetz, die Besoldungsordnung 1994 sowie das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 geändert werden (Stadtrechnungshofnovelle), wird in erster und zweiter Lesung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Abgeordneten zum Beschluss erhoben.

(PGL - 04247-2013/0001/LAT) Der Abänderungsantrag von Abg Dipl-Ing Rudi Schicker, Abg Mag Thomas Reindl, Abg David Ellensohn, Abg Birgit Hebein, Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger, Abg Dr Wolfgang Ulm, Abg Mag Johann Gudenus, M.A.I.S. und Abg Mag Dietbert Kowarik betreffend Änderung der Wiener Stadtverfassung - WStV (Stadt-

rechnungshofnovelle) wird mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Abgeordneten angenommen.

(PGL - 04249-2013/0001/LAT) Der Zusatzantrag von Abg Dipl-Ing Rudi Schicker, Abg Mag Thomas Reindl, Abg David Ellensohn, Abg Birgit Hebein, Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger, Abg Dr Wolfgang Ulm, Abg Mag Johann Gudenus, M.A.I.S. und Abg Mag Dietbert Kowarik betreffend Änderung der Wiener Stadtverfassung - WStV (Stadtrechnungshofnovelle) wird mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Abgeordneten angenommen.

(PGL - 04248-2013/0001/LAT) Der Beschluss-(Resolutions-)Antrag von Abg Dipl-Ing Rudi Schicker, Abg Mag Thomas Reindl, Abg David Ellensohn, Abg Birgit Hebein, Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger, Abg Dr Wolfgang Ulm, Abg Mag Johann Gudenus, M.A.I.S. und Abg Mag Dietbert Kowarik betreffend Prüfkompetenz des Stadtrechnungshofes bei Fällen der finanziellen Zuwendung aus Wiener Gemeindepflichten bzw der Haftung seitens der Stadt Wien und PPP-Projekten wird angenommen.

(Rednerin bzw Redner: Abg Dr Wolfgang Ulm, Abg Birgit Hebein, Abg Mag Dietbert Kowarik und Abg Mag Thomas Reindl.)

Berichterstatterin: Amtsf StRin Sandra Frauenberger

**11.** (LG - 02833-2013/0001, P 9) Die in der Beilage Nr 28 enthaltene Vorlage des Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994 (34. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Besoldungsordnung 1994 (43. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (40. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), die Pensionsordnung 1995 (24. Novelle zur Pensionsordnung 1995), das Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz 1995 (13. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz 1995), das Unfallfürsorgegesetz 1967 (20. Novelle zum Unfallfürsorgegesetz 1967), das Wiener Gleichbehandlungsgesetz (15. Novelle zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz), das Wiener Personalvertretungsgesetz (18. Novelle zum Wiener Personalvertretungsgesetz), das Wiener Verwaltungsgericht-Dienstrechtsgesetz (2. Novelle zum Wiener Verwaltungsgericht-Dienstrechtsgesetz), das Wiener Bezügegesetz 1995 (14. Novelle zum Wiener Bezügegesetz 1995), das Wiener Bezügegesetz 1997 (4. Novelle zum Wiener Bezügegesetz 1997) und das Gesetz über das Schlichtungsverfahren in Angelegenheiten der Gleichstellung von Landeslehrerinnen und Landeslehrern mit Behinderungen an Wiener öffentlichen Pflichtschulen geändert werden (Dienstrechts-Novelle 2013), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

(PGL - 04250-2013/0001/LAT) Der Abänderungsantrag von Abg Franz Ekkamp, Abg Mag Nicole Berger-Krotsch, Abg Silvia Rubik, Abg Safak Akcay, Abg Christian Hursky, Abg Anica Matzka-Dojder, Abg Godwin Schuster, Abg Dr Kurt Stürzenbecher, Abg Dr Monika Vana und Abg Dipl-Ing Martin Margulies betreffend Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994 (34. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Besoldungsordnung 1994 (43. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (40. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), die Pensionsordnung 1995 (24. Novelle zur Pensionsordnung 1995), das Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz 1995 (13. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz 1995), das Unfallfürsorgegesetz 1967 (20. Novelle zum Unfallfürsorgegesetz 1967), das Wiener Gleichbehandlungsge-

setz (15. Novelle zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz), das Wiener Personalvertretungsgesetz (18. Novelle zum Wiener Personalvertretungsgesetz), das Wiener Verwaltungsgericht-Dienstrechtsgesetz (2. Novelle zum Wiener Verwaltungsgericht-Dienstrechtsgesetz), das Wiener Bezügegesetz 1995 (14. Novelle zum Wiener Bezügegesetz 1995), das Wiener Bezügegesetz 1997 (4. Novelle zum Wiener Bezügegesetz 1997) und das Gesetz über das Schlichtungsverfahren in Angelegenheiten der Gleichstellung von Landeslehrerinnen und Landeslehrern mit Behinderungen an Wiener öffentlichen Pflichtschulen geändert werden (Dienstrechtsgesetz-Novelle 2013) wird angenommen.

(PGL - 04251-2013/0001/LAT) Der Abänderungsantrag von Abg Franz Ekkamp, Abg Mag Nicole Berger-Krotsch, Abg Silvia Rubik, Abg Safak Akcay, Abg Christian Hursky, Abg Anica Matzka-Dojder, Abg Godwin Schuster, Abg Dr Kurt Stürzenbecher, Abg Dr Monika Vana und Abg Dipl-Ing Martin Margulies betreffend Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1994 (34. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Besoldungsordnung 1994 (43. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (40. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), die Pensionsordnung 1995 (24. Novelle zur Pensionsordnung 1995), das Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz 1995 (13. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz 1995), das Unfallfürsorgegesetz 1967 (20. Novelle zum Unfallfürsorgegesetz 1967), das Wiener Gleichbehandlungsgesetz (15. Novelle zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz), das Wiener Personalvertretungsgesetz (18. Novelle zum Wiener Personalvertretungsgesetz), das Wiener Verwaltungsgericht-Dienstrechtsgesetz (2. Novelle zum Wiener Verwaltungsgericht-Dienstrechtsgesetz), das Wiener Bezügegesetz 1995 (14. Novelle zum Wiener Bezügegesetz 1995), das Wiener Bezügegesetz 1997 (4. Novelle zum Wiener Bezügegesetz 1997) und das Gesetz über das Schlichtungsverfahren in Angelegenheiten der Gleichstellung von Landeslehrerinnen und Landeslehrern mit Behinderungen an Wiener öffentlichen Pflichtschulen geändert werden (Dienstrechtsgesetz-Novelle 2013) wird angenommen.

(Redner: Abg Ing Bernhard Rösch und Abg Franz Ekkamp.)

Berichterstatterin: Amtsf StRin Mag Ulli Sima

**12.** (LG - 03189-2011/0001, P 6) Die in der Beilage Nr 18/2012 enthaltene Vorlage des Gesetzes betreffend die Änderung des Gesetzes über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Mag Ulli Sima

**13.** (LG - 00246-2013/0001, P 7) Die in der Beilage Nr 23 enthaltene Vorlage des Gesetzes betreffend die Änderung der Wiener Landarbeitsordnung 1990 wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: Amtsf StRin Mag Ulli Sima

**14.** (03626-2013/0001-GGU, P 8) Der Landwirtschaftsbericht 2013 (Berichtszeitraum 2011/2012) wird zur Kenntnis genommen.

(PGL - 04252-2013/0001/LAT) Der Beschluss-(Resolutions-)Antrag von Abg Erich VALENTIN, Abg Mag Jürgen Czernohorszky, Abg Heinz Hufnagl, Abg Ernst Holzmann, Abg Waltraud Karner-Kremser, MAS, Abg Ernst Nevriy, Abg Mag Gerhard Spitzer, Abg Mag Rüdiger Maresch, Abg Dr Jennifer Kickert, Abg Mag Karin Holdhaus, Abg Norbert WALTER, MAS, Abg Ing Udo Guggenbichler, Abg Manfred Hofbauer, MAS, Abg Angela Schütz, Abg Christian Unger, Abg Mag Barbara Feldmann, Abg Mag Wolfgang Jung, Abg Prof Dr Elisabeth Vitouch und Abg Dr Monika Vana betreffend keine Förderung für Atomenergie wird angenommen.

(Redner: Abg Norbert WALTER, MAS, Abg Ing Udo Guggenbichler und Abg Erich VALENTIN.)

Berichterstatter: Amtsf StR Christian Oxonitsch

**15.** (LG - 02573-2013/0001, P 10) Die in der Beilage Nr 27 enthaltene Vorlage des Wiener Kinder- und Jugendhilfegesetzes 2013 wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Berichterstatterin: Abg Kathrin Gaal

**16.** (03775-2013/0001-MDLTG, P 11) Der Anfrage der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption vom 23. Oktober 2013, GZ 17 St 26/13h, gemäß § 130 WStV um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung der Abgeordneten Ingrid Schubert wegen des Verdachtes der Untreue nach § 153 StGB, der Geschenkkannahme durch Machthaber nach § 153a StGB, der Geschenkkannahme und Bestechung von Bediensteten und Beauftragten nach § 309 Abs 1 und 3 StGB wird stattgegeben.

(Schluss um 13.41 Uhr.)